

Standpunkt der S&D-Fraktion in zehn Punkten zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU

In den letzten Jahren ist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu einer der wichtigsten Prioritäten für die Bürger und die Politik der EU geworden. Es haben sich neue Arten von Herausforderungen herausgebildet: Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, die zu Migrationsströmen führen, Wettbewerb um natürliche Ressourcen, Energieabhängigkeit, Klimawandel, gescheiterte Staaten, Terrorismus, Cyberangriffe, Aushöhlung regionaler und globaler Rüstungskontrollabkommen, Falschinformationskampagnen und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Als Sozialdemokraten im Europäischen Parlament stehen wir für Folgendes:

1

Die EU als „Soft Power“ im Wandel

In einer zunehmend instabilen multipolaren Welt mit immer mehr nationalistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Kräften ist es unabdingbar, dass die Europäische Union zu einem einflussreichen Akteur auf der Weltbühne wird. Wir sind stolz auf die führende Rolle der EU als globale „Soft Power“, die in Konfliktprevention, Krisenbewältigung und Vermittlung investiert, bevor militärische Optionen in Erwägung gezogen werden. Wir erkennen jedoch an, dass „Soft Power“ allein nicht mehr ausreicht, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

2

Förderung einer globalen auf Regeln beruhenden Ordnung

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss fest in den Rahmen der Vereinten Nationen eingebettet werden. Wie in der Charta der Vereinten Nationen und im Vertrag über die Europäische Union vorgesehen, sollten militärische Interventionen der EU in Drittländern durch Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gestützt sein und/oder mit Zustimmung des betreffenden Landes erfolgen.

3

Die EU und die NATO arbeiten Hand in Hand

Auch wenn einige EU-Mitgliedstaaten nicht der NATO angehören, sind die EU und die NATO natürliche Partner. Die Stärkung ihrer Zusammenarbeit ist von entscheidender Bedeutung, und es muss anerkannt werden, dass die territoriale Verteidigung sowohl Aufgabe der NATO als auch der EU-Mitgliedstaaten ist, wobei die NATO das Grundgerüst für die kollektive Verteidigung bildet. Wir setzen uns zudem für die Zusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedstaaten und EU-Mitgliedstaaten, die nicht der NATO angehören, ein. Es bedarf einer größeren Rolle der EU bei der Kapazitäten-Planung sowie bei gemeinsamen militärischen und zivilen Einsätzen.

4

Bekämpfung des Terrorismus und Achtung der Grundfreiheiten

Terrorismus stellt eine Bedrohung für unsere europäischen Grundwerte und unsere Sicherheit dar. Die Zusammenarbeit und der Austausch von Erkenntnissen in der EU sollten verstärkt und die Grundrechte und Grundfreiheiten gefördert und geschützt werden. Es bedarf einer verstärkten Zusammenarbeit unter Einbeziehung des Grenzmanagements, der Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie der Geheimdienste auf nationaler und europäischer Ebene sowie mit Drittländern. Die EU muss die Ursachen der Radikalisierung bekämpfen, um gewalttätigem Extremismus und Terrorismus entgegenzuwirken.

5

Mehr Effizienz in der Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie in den EU-Mitgliedstaaten schafft es nicht, sich zu koordinieren und zusammenzuarbeiten, was zu Lasten der Steuerzahler geht. Wir setzen uns für einen stärker integrierten Binnenmarkt für Rüstungsgüter und für eine Unterstützung koordinierter Forschung und Entwicklung durch die EU ein. Die Interessen der Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie sollten insbesondere in einer Übergangsphase gewahrt werden.

6

Verbot von Atomwaffen

Wir vertreten die Auffassung, dass eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen eine sicherere Welt für die gesamte Menschheit ist. Wir wollen die Rolle der EU bei der weltweiten Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffen – von Kleinwaffen bis hin zu nuklearen Sprengköpfen und ballistischen Raketen – ausweiten. In diesem Zusammenhang möchten wir den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und das Trägertechnologie-Kontrollregime (MTCR) stärken.

7

Kontrolle der Waffenexporte

Wir beharren darauf, dass die Mitgliedstaaten den EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren einhalten. Regime, die regelmäßig gegen die Menschenrechte verstoßen, sollten nicht noch mehr Mittel erhalten, um Gegenstimmen zu unterdrücken. Wir unterstützen Maßnahmen gegen Landminen, Streumunition und Munition mit angereichertem Uran sowie die Sicherung von Waffen, die sich in Konfliktgebieten im freien Umlauf befinden.

8

Förderung von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der europäischen Nachbarschaft und in Afrika

Unsere Partnerschaft mit Afrika und unser Handeln in den Nachbarländern der EU sollten auf dem Grundsatz basieren, dass Sicherheit und Entwicklung Hand in Hand gehen. Wir sind jedoch der Meinung, dass Sicherheitsmaßnahmen durch zusätzliche Mittel finanziert werden müssen und nicht aus Mitteln, die für Hilfe und Entwicklung bereitgestellt werden.

9

Zusätzliche Mittel für neue Maßnahmen der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung

Wir möchten hervorheben, dass zusätzliche Aufgaben entsprechende zusätzliche Finanzmittel der EU-Mitgliedstaaten für den Haushalt der Union erfordern und nicht aus Haushaltsmitteln für die anderen Politikbereiche finanziert werden sollten. Mit den Haushaltsmitteln der Union könnten die Verwaltungs- und Betriebskosten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und des Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich sowie ein größerer Teil der Kosten der Europäischen Verteidigungsagentur und der Einsätze und Operationen der EU gedeckt werden. Auch wenn einige Mitgliedstaaten eine Vorreiterrolle im Rahmen einer ehrgeizigen Ständigen Strukturierten Europäischen Zusammenarbeit übernehmen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich andere Mitgliedstaaten auf der Grundlage derselben ursprünglichen Kriterien an dieser Zusammenarbeit beteiligen können.

10

Mehr parlamentarische Kontrolle

Wir fordern, dass das Europäische Parlament – neben den nationalen Parlamenten – in der Lage sein muss, parlamentarische Kontrolle über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und ihren Haushalt auszuüben. Sollten die militärischen Einsätze in Zukunft von der EU und nicht mehr von den Mitgliedstaaten (zwischenstaatlich) beschlossen werden, fordern wir, dass dem Europäischen Parlament das Recht eingeräumt wird, solche Einsätze oder Operationen zu genehmigen.